

Ampel-Koalitionsvertrag im Bahncheck

durch Rail.S-Clustermanager Dirk-Ulrich Krüger

„Mehr Fortschritt wagen“ – unter diesem Motto wollen die neuen Regierungsparteien Deutschland in der Zukunft regieren. Am 7. Dezember 2021 wurde dieses Vorhaben von den Parteispitzen der SPD, den Grünen und der FDP mit ihren Unterschriften auf dem Koalitionsvertrag offiziell besiegelt. Doch was ist für die Zukunftsbranche Bahn wirklich drin? Auf der Suche nach Antworten hat Rail.S-Clustermanager Dirk-Ulrich Krüger den Ampel-Koalitionsvertrag einem „Bahncheck“ unterzogen.

Neben den Einigungen, die im Rahmen des Koalitionsvertrags festgehalten werden, wurden auch bereits die Ministerien verteilt. Der Koalitionsvertrag selbst enthält wesentliche Eckpunkte, die im Rahmen der kommenden Amtszeit der neuen Ampel-Koalition angegangen und umgesetzt werden sollen. Es handelt sich dabei nicht um konkrete Gesetzgebungsvorhaben.

„Grundlegend ist der Koalitionsvertrag für die Bahnbranche positiv zu bewerten“, äußert sich Rail.S-Clustermanager Dirk-Ulrich Krüger lobend zum vorliegenden Vertragswerk und begründet dies wie folgt: „So wurden erstmals mehr Investitionen in die Schienen- als in die Straßeninfrastruktur angekündigt. Ergänzend dazu wurden konkrete Ziele zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse aufgeführt sowie sich klar zum Masterplan Schienenverkehr bekannt.“ Bei aller Euphorie müssen den Worten nun Taten folgen, so bleibt für Krüger erst einmal abzuwarten, „wie die Neupriorisierung der Infrastrukturprojekte des aktuellen Bundesverkehrswegeplans ausgestaltet sein wird, damit nicht das Gegenteil einer Planungsbeschleunigung erreicht wird.“

Nachfolgend stellen wir die wesentlichen Inhalte des Koalitionsvertrags aus den verschiedenen Bereichen, die die Bahnbranche betreffen, vor.

Forschung und Förderung

<i>Dekarbonisierung der Industrie</i>	Durch verschiedene Anreizinstrumente soll die Dekarbonisierung der Industrie erreicht werden. Neben regulatorischen Rahmenbedingungen, wie CO ₂ – Bepreisung sind auch positive Anreize in Form von Quoten für klimafreundliche Produkte in der öffentlichen Beschaffung vorgesehen.
<i>Förderung digitaler Schlüsseltechnologien</i>	Stärkere Förderung von Investitionen in Schlüsseltechnologien, wie Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Cybersicherheit, Distributed-Ledger-Technologien, Robotik und weitere. Dies soll beispielsweise durch die Important Projects of Common European Interest, den angekündigten EU Chips Act sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern erreicht werden.

	<p>Gleichzeitig sollen digitale Startups in der Spätphasenfinanzierung gefördert werden und der Venture-Capital-Standort gestärkt werden. KMU sollen durch Förderungen für IT-Sicherheit, DSGVO-konforme Datenverarbeitung und den Einsatz digitaler Technologien stärker gefördert werden.</p>
<i>Branchenspezifische Förderung</i>	<p>Automobilindustrie, Halbleiterindustrie, Maritime Wirtschaft, Einzelhandel, Gesundheitswirtschaft und Tourismus sind Branchen, die besonders in den Fokus rücken bzw. im Transformationsprozess unterstützt werden sollen.</p>
<i>Zukunftsstrategie Forschung</i>	<p>Die nachhaltige Mobilität der Zukunft steht an erster Stelle der zentralen Zukunftsfelder.</p>
<i>Ausbau Innovationsförderung, Reallabore, Experimentierklauseln</i>	<p>Die Weiterentwicklung der Bundesförderprogramme im Bereich der Innovation soll in Angriff genommen werden. Insbesondere soll mehr Fokus auf soziale und ökologische Investitionen gelegt werden. Ein Reallabor- und Freiheitszonengesetz soll die Umsetzung von Innovationen beschleunigen.</p>
<i>Regionale Wirtschaftsförderung wird gestärkt</i>	<p>Die GRW-Förderung soll überarbeitet und aufgestockt werden. Insbesondere soll die Voraussetzung des überregionalen Absatzes (50-km-Regel) überprüft werden. Dadurch könnten mehr Firmen förderberechtigt sein. Ostdeutschland soll bei der Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen bevorzugt werden.</p>
<i>Ausbau von Wagniskapital und Risikoabsicherungen</i>	<p>Staatliche Förderbanken und die KfW sollen stärker im Bereich der Wagniskapitalfinanzierung und der Absicherung von Wagniskapital tätig werden, um die Transformation der Wirtschaft und das Gründergeschehen zu verbessern. Die KfW soll zur Investitions- und Innovationsagentur werden. Gleichzeitig soll ein Zukunftsfonds geschaffen werden, der auch institutionellen Investoren den Wagniskapitalmarkt öffnet.</p>
<i>Kapitalmarkt</i>	<p>Für Wachstumsunternehmen und KMU sollen Kapitalerhöhungen und Börsengänge erleichtert werden.</p> <p>Grenzüberschreitende Kapitalmarktgeschäfte in der EU und damit eine Vertiefung der Kapitalmarktunion sollen durch Harmonisierung der Regelwerke vereinfacht werden.</p>
<i>Vergabe von öffentlichen Aufträgen</i>	<p>Öffentlichen Vergabeverfahren sollen vereinfacht, professionalisiert, digitalisiert und beschleunigt werden sowie die Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Betrieben gestärkt.</p> <p>Zudem soll eine anwenderfreundliche zentrale Plattform geschaffen werden, über die alle öffentlichen Vergaben zugänglich sind und die eine Präqualifizierung der Unternehmen ermöglicht.</p>

Verkehrsinfrastruktur

<p><i>Infrastrukturinvestitionen</i></p>	<p>Es sollen weiterhin die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, mit einem erheblich größeren Anteil der Schiene als der Straße, erhöht werden. Prioritär ist dabei die Umsetzung von Projekten eines Deutschlandtaktes.</p> <p>Die Mehrinvestitionen betreffen ebenfalls den aktiven und passiven Lärmschutz. So sollen die Lärmsanierungsprogramme für Schienenwege finanziell besser ausgestattet und die Markteinführung von innovativer Technik zur Lärmvermeidung unterstützt werden.</p>
<p><i>Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung</i></p>	<p>Zur Beschleunigung der Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen im ersten Regierungsjahr die notwendigen Entscheidungen getroffen werden, um die Verfahrensdauer staatlicher und privater Investitionsvorhaben mindestens zu halbieren. Hierzu soll insbesondere die Digitalisierung der Behörden sowie der Einsatz der privaten Projektmanagementdienstleistung dienen. Ziel ist es weiterhin, gerichtliche Auseinandersetzungen im Rahmen des Prozesses zu vermeiden.</p> <p>Der Ausbau elektrifizierter Bahntrassen soll gesetzlich als „im öffentlichen Interesse liegend“ festgeschrieben werden. Dadurch sind Ausnahmeregelungen des Bundesnaturschutzgesetzes möglich.</p> <p>Wichtige Infrastrukturmaßnahmen, wie Bahnstrecken, Stromtrassen und Ingenieurbauwerke sollen beschleunigt umgesetzt werden. Begonnen wird mit den Schienenprojekten aus dem Deutschlandtakt – dem Ausbau/Neubau der Bahnstrecken:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hamm-Hannover-Berlin, - Korridor Mittelrhein, - Hanau-Würzburg/Fulda-Erfurt, - München-Kiefersfelden-Grenze D/A, - Karlsruhe-Basel, - „Optimiertes Alpha E+“, - Ostkorridor Süd, - Nürnberg-Reichenbach/Grenze D-CZ, - die Knoten Hamburg, Frankfurt, Köln, Mannheim und München
<p><i>Digitale Infrastruktur</i></p>	<p>Maßnahmen für besseren Mobilfunk- und WLAN-Empfang bei der Bahn sollen beschleunigt werden.</p>
<p><i>Bundesverkehrswegeplan</i></p>	<p>Ein neuer Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040 soll auf den Weg gebracht werden. Dazu wird ein Dialogprozess mit Verkehrs-,</p>

	Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden gestartet, um die Prioritäten des aktuellen Bundesverkehrswegeplans neu zu bewerten
<i>Elektrifizierung</i>	Bis 2030 sollen 75% des deutschen Schienennetzes elektrifiziert sein.
<i>Neue Infrastrukturprogramme</i>	Das Programm „Schnelle Kapazitätserweiterung“ soll eingeführt, Bahnhofsprogramme gebündelt und gestärkt und eine „Beschleunigungskommission Schiene“ eingesetzt werden.

Schienerverkehr

<i>Masterplan Schienenverkehr</i>	<p>Der Masterplan soll weiterentwickelt und schneller umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schienengüterverkehr bis 2030 um 25% steigern - Verkehrsleistung im Personenverkehr verdoppeln <p>Der Deutschlandtakt und die Infrastrukturkapazität werden auf diese Ziele ausgerichtet. Sofern finanziell machbar, soll die Nutzung der Schiene günstiger werden.</p>
<i>Ländliche Mobilität</i>	Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge und Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Darum soll eine nachhaltige, barrierefreie, innovative und für alle alltagstaugliche und bezahlbare Mobilität ermöglicht werden.
<i>Fernverkehr</i>	Es sollen weitere Oberzentren an den Fernverkehr angeschlossen werden. Der Grenzüberschreitende Verkehr soll gestärkt werden und ein Nachtzugangebot aufgebaut werden.
<i>Güterverkehr</i>	<p>Die Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung soll beschleunigt, der Einzelwagenverkehr gestärkt und neue Anreize für Gleisanschlüsse geschaffen werden.</p> <p>Für neue Gewerbe- und Industriegebieten soll eine verpflichtende Prüfung für eine Schienenanbindung eingeführt werden. Weiterhin soll der Zu- und Ablauf bis max. 50 Km von der LKW-Maut freigestellt, regionale Güterverkehrskonzepte unterstützt und emissionsfreie Stadtlogistik unterstützt werden.</p>
<i>Deutsche Bahn AG</i>	<p>Die Deutsche Bahn AG soll als integrierten Konzern inklusive des konzerninternen Arbeitsmarktes im öffentlichen Eigentum erhalten werden. Jedoch sollen die Infrastruktureinheiten (DB Netz, DB Station & Service) innerhalb des Konzerns zu einer neuen, gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte zusammengelegt werden.</p> <p>Die Investitionsmittel für die DB Infrastruktur sollen erhöht werden.</p>
<i>Finanzierung</i>	Die Regionalisierungsmittel sollen erhöht werden und der Ausgleich der pandemiebedingten Einnahmeausfälle im Nahverkehr für 2022 wurde zugesichert.